

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Montag früh. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 1/2 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Botenlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstr. 27, 4 1/2 Sgr. Inserate die Zeile 2 Sgr.

Der Verfassungs-Entwurf des norddeutschen Bundes.

Wenn unsere Leser dieses Blatt in die Hand nehmen, dann ist der Reichstag des norddeutschen Bundes bereits zusammengetreten, um sein Urtheil abzugeben über die Vorlage, welche, aus den Verhandlungen der Vertreter der norddeutschen Regierungen hervorgegangen, ihm zur Berathung und zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Wie dieses Urtheil der Vertreter des Volkes ausfallen wird, können wir heut noch nicht wissen, aber, mag es ausfallen wie es will, mögen dieselben erklären, daß die Vorlage nicht den Ansprüchen genügt, welche eine Volksvertretung an eine Verfassung stellen muß, immer bleibt, und daß ist nicht außer Acht zu lassen, die militärische Einheit, die Zusammenfassung der gesamten Militärmacht Norddeutschlands unter preussischem Oberbefehl, gesichert, so daß in dieser Beziehung kein nachtheiliger Einfluß von einer etwaigen Ablehnung zu befürchten ist.

Die Verfassung, deren wesentliche Bestimmungen wir in der vorigen Nummer unseren Lesern im Auszuge mitgetheilt haben, ist jetzt ihrem Vortritte nach veröffentlicht worden, und wir können deshalb jetzt untersuchen, in wie weit sie dem entspricht, was man nach unserer Ansicht von einer Verfassung verlangen kann. Wir wollen uns, um unser Urtheil vor den Augen unserer Leser zu motiviren, nicht auf eine weitläufige Kritik der einzelnen Paragraphen einlassen, sondern wir wollen nur einige Punkte aufstellen, welche wir als wesentliche Bedingungen einer Verfassung betrachten, und dann sehen, wie dieselben nach der Regierungsvorlage zur Ausführung gelangen sollen. In einem konstitutionell regierten Staat muß, wenn das verfassungsmäßige Leben zur Wahrheit werden soll, die Verfassung unter anderem auch folgendes bestimmen:

1) Die Volksvertretung muß nicht willkürlich, sondern in bestimmten regelmäßig wiederkehrenden Fristen zusammentreten.

Der Abschnitt V. der Vorlage, welcher vom Reichstag handelt, erhält keine Bestimmung über diesen Gegen-

stand. Wie wichtig derselbe ist, das wollen wir unsern Lesern nur durch Anführung der Thatfache ins Gedächtniß zurückerufen, daß der vereinigte Landtag die ihm nicht bewilligte Periodicität mit solcher Entschiedenheit forderte, daß er nur in Rücksicht darauf, daß ihm diese nicht zu stand, die Gelder zu dem Bau der so dringend notwendigen Ostbahn nicht bewilligte.

2) Das Volk muß die Gewißheit, daß seine Vertreter an den Beratungen Theil nehmen können, dadurch erhalten, daß diese geleglich vor Verhaftung geschützt sind.

In den Regierungsvorlagen findet sich keine solche Bestimmung.

3) Die Volksvertretung muß das Recht der Einnahme- und Ausgabe-Bewilligung haben.

In dieser Beziehung heißt es in der Regierungsvorlage: Art. 65. Abgesehen von dem durch Art. 58. bestimmten Aufwande für das Bundesheer und die zu demselben gehörigen Einrichtungen, sowie von dem Aufwande für die Marine (Art. 50) werden die gemeinschaftlichen Ausgaben im Wege der Bundesgesetzgebung und, sofern sie nicht eine nur einmalige Aufwendung betreffen, für die Dauer der Legislatur-Periode festgestellt. — Art. 66. Zur Bestreitung aller gemeinschaftlichen Ausgaben dienen zunächst die aus den Zöllen, den gemeinsamen Steuern und dem Post- und Telegraphenwesen fließenden gemeinschaftlichen Einnahmen. In so weit dieselben durch diese Einnahmen nicht gedeckt werden, sind sie durch Beiträge der einzelnen Bundesstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerung aufzubringen, welche von dem Präsidium nach dem Bedarf ausgeschrieben werden.

Nun heißt aber der angezogene Art. 58: „Zur Bestreitung des Aufwandes für das gesamte Bundesheer und die zu demselben gehörigen Einrichtungen sind dem Bundesfiskus jährlich so viel Mal 225 Thaler, in Worten zwei hundert fünf und zwanzig Thaler, als die Kopfzahl der Friedensstärke des Heeres nach Art. 56 beträgt, zur Verfügung zu stellen. Die Zahlung dieser Beiträge beginnt mit dem ersten des Monats nach Publikation der Bundesverfassung. — Da nun das Heer

1 Proc. der Bevölkerung, also ca. 300,000 Mann betragen soll, so beträgt das Militärbudget, welches so der Volksvertretung entzogen wird, 67,500,000 Thlr. Man sieht, das Budgetrecht der Volksvertretung soll nach der Regierungsvorlage kein allzu ausdehntes sein.

4) Zur vollständigen Sicherung des Budgetrechtes der Volksvertretung gehört das Recht der Finanzkontrolle.

In dieser Beziehung heißt es in Art. 67: Ueber die Verwendung der gemeinschaftlichen Einnahmen und der Beiträge der Einzelstaaten ist von dem Präsidium dem Bundesrathe und dem Reichstage Rechnung zu legen. — Nun ist aber zwischen „Rechnungslegung“ und dem „Recht der Kontrolle“ ein so großer Unterschied, daß wie die Berücksichtigung der Regierung zur Rechnungslegung ganz unmöglich als einen Ersatz für jenes für das konstitutionelle Staatsleben so unbedingt notwendige Recht sehen können.

5) In dem konstitutionellen Staate muß der Volksvertretung ein verantwortliches Ministerium gegenüberstehen, und diese Verantwortlichkeit muß durch ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz geregelt sein.

In der Regierungsvorlage findet sich keine Andeutung einer solchen Verantwortlichkeit des Ministeriums, und es ist eine solche Verantwortlichkeit auch eine Unmöglichkeit, weil nirgends von einem Bundesministerium die Rede ist.

Wir haben hier fünf Bestimmungen angeführt, welche ein wesentlicher Theil jeder Verfassung sein müssen, und wir haben gesehen, daß die Regierungsvorlage diese Forderungen entweder gänzlich berücksichtigt, oder sie doch nur in einer sehr ungenügenden Form erfüllt. Daß wir unter solchen Umständen nicht als Vertheidiger dieser Verfassung auftreten können, das werden unsere Leser begreiflich finden, und es bleibt nur noch der Werth der Vorlage als Bündnißvertrag.

Als solche enthält sie viele gute Bestimmungen, indem sie eine große Anzahl von Vertheil- und Vermaltungs- und Zweigen, so wie die gesamte Land- und Seemacht Norddeutschlands in eine Hand vereinigt, und so lange als gesetzlich und berechtigte Forderungen erfüllt. Andererseits aber erinnert die Art und Weise, wie der Bundesrath gebildet werden soll, zu sehr an den Bundesstag, dessen Zusammenlegung bekanntlich derart war, daß von ihm auch beim besten Willen keine schnelle Förderung der Volksinteressen zu erwarten war.

Es muß also diese Vorlage, soll sie wirklich den Charakter einer Verfassung erhalten, eine vollständige Umänderung erfahren, aber sie muß auch, wenn sie nur als Bündnißvertrag betrachtet werden und als solche allen Anforderungen entsprechen soll, in wesentlichen Punkten verbessert werden.

Politische Wochenschau.

Preußen. In diesem Augenblick nimmt die Eröffnung des norddeutschen Parlamentes vor allem die Aufmerksamkeit in Anspruch. Dasselbe wurde am 24. d. M. vom Könige persönlich im weißen Saale mit folgender Rede eröffnet:

Erlauchte, edle und geehrte Herren vom Reich, tage des Norddeutschen Bundes!

„Es ist ein erhebender Augenblick, in welchem Ich in Ihre Mitte trete; mächtige Ereignisse haben ihn herbeigeführt, große Hoffnungen knüpfen sich an denselben. Daß es Mir vergönnt ist, in Gemeinschaft mit einer Versammlung, wie sie seit Jahrhunderten keinen deutschen Fürsten umgeben hat, diesen Hoffnungen Ausdruck zu geben, dafür danke Ich der göttlichen Vorsehung, welche Deutschland dem von seinem Volke erstehnten Ziele auf Wegen zuführt, die wir nicht wählen oder voraussehen. Im Vertrauen auf diese Föhrung werden wir jenes Ziel um so früher erreichen, je klarer wir die Ursachen, welche uns und unsere Vorfahren von demselben entfernen haben, im Rückblick auf die Geschichte Deutschlands erkennen.“

Ein mächtig, groß und geehrt, weil eins und von starken Händen geleitet, sank das deutsche Reich nicht ohne Mißthand von Haupt und Gliedern in Zerrissenheit und Ohnmacht. Des Gewichtes im Rathe Europas, des Einflusses auf die eigenen Geschicke beraubt, ward Deutschland zur Woblsitt der Kämpfe fremder Mächte, für welche es das Blut seiner Kinder, die Schlachtfelder und die Kampfpfeile vergab.

Niemals aber hat die Sehnsucht des deutschen Volkes nach seinen verlorenen Gütern aufgehört, und die Geschichte unserer Zeit ist erfüllt von den Bestrebungen, Deutschland und dem deutschen Volke die Größe seiner Vergangenheit wieder zu erringen.

Wenn diese Bestrebungen bisher nicht zum Ziele geführt, wenn sie die Zerrissenheit, anstatt sie zu heilen, nur geheigert haben, weil man sich durch Hoffnungen oder Erinnerungen über den Werth der Gegenwart, durch Ideale über die Bedeutung der Thatfachen täuschen ließ, so erkennen wir daraus die Nothwendigkeit, die Einigung des deutschen Volkes an der Hand der Thatfachen zu suchen, und nicht wieder das Erreichbare dem Wünschenswerthen zu opfern.

In diesem Sinn haben die verbündeten Regierungen, im Anschlusse an gewohnte frühere Verhältnisse, sich über eine Anzahl bestimmter und begrenzter, aber praktisch bedeutsamer Einrichtungen verständigt, welche ebenso im Bereiche der unmittelbaren Möglichkeit, wie des zweifellosen Bedürfnisses liegen.

Der Ihnen vorzulegende Verfassungs-Entwurf muthet der Selbstständigkeit der Einzelstaaten zu Gunsten der Gesamtheit nur diejenigen Opfer zu, welche unentbehrlich sind, um den Frieden zu sichern, die Sicherheit des Bundesgebietes und die Entwicklung der Wohlfahrt seiner Bewohner zu gewährleisten.

Meinen hohen Verbündeten habe Ich für die Bereitwilligkeit zu danken, mit welcher sie den Bedürfnissen des gemeinsamen Vaterlandes entgegengekommen sind. Ich spreche diesen Dank in dem Bewußtsein aus, daß Ich zu derselben Hingebung für das Gesamtwohl Deutschlands auch dann bereit gewesen sein würde, wenn die Vorsehung Mich nicht an die Spitze des mächtigsten und aus diesem Grunde zur Leitung des Gemeinwelsens berufenen Bundesstaates gestellt hätte. Als Erbe der Preussischen Krone aber fühle ich Mich stark in dem Bewußtsein, daß alle Erfolge Preussens zugleich Stufen zur Wiederherstellung und Erhöhung der deutschen Macht und Ehre geworden sind.

Ungeachtet des allgemeinen Entgegenkommens und schon die gewaltigen Ereignisse des letzten Jahres die Unentbehrlichkeit einer Neubildung der deutschen Verfassung zu allseitiger Ueberzeugung gebracht und die Gemüther für die Annahme derselben empfänglicher gemacht hatten, als sie

früher waren und später vielleicht wiederum sein würden, haben wir doch in den Verhandlungen von Neuem die Schwere der Aufgabe empfunden, eine volle Uebereinstimmung zwischen so vielen unabhängigen Regierungen zu erzielen, welche bei ihren Zuständigkeiten ebenein die Stimmungen ihrer Landstände zu beachten haben.

Je mehr Sie, Meine Herren, sich diese Schwierigkeiten vergegenwärtigen, um so vorstärker werden Sie, davon bin ich überzeugt, bei Prüfung des Verfassungsentwurfes die schwer wiegende Verantwortung für die Gefahren im Auge fassen, welche für die feindliche und gesetzmäßige Durchführung des begehrenen Werkes entstehen könnten, wenn das für die jetzige Vorlage hergestellte Einverständnis der Regierungen für die vom Reichstage begehrtten Veränderungen nicht wieder gewonnen würde. Heute kommt es vor Allem darauf an, den günstigen Moment zur Errichtung des Gebäudes nicht zu verjagen; der vollendete Ausbau desselben kann abdann getrost dem ferneren vereinten Wirken der deutschen Fürsten und Volkstämme überlassen bleiben.

Die Verthaltung der nationalen Beziehungen des norddeutschen Bundes zu unsern Vorkleuten im Süden des Main ist durch die Friedensschlüsse des vergangenen Jahres dem freien Uebereinkommen beider Theile anhängiggestellt. Zur Herbeiführung dieses Einverständnisses wird unsere Hand den süddeutschen Brüdern offen und entgegenkommend dargelegt werden, sobald der norddeutsche Bund in Feststellung seiner Verfassung weit genug vorgeschritten sein wird, um zur Abschließung von Verträgen fähig zu sein.

Die Erhaltung des Zollvereins, die gemeinsame Pflege der Volkswirtschaft, die gemeinsame Verthaltung für die Sicherheit des deutschen Gebietes werden die Grundbedingungen der Verthaltung bilden, welche voraussichtlich von beiden Theilen angefohrt werden.

Wie die Richtung des deutschen Geistes im Allgemeinen dem Frieden und seinen Arbeiten zugewandt ist, so wird die Bundesgenossenschaft der deutschen Staaten wesentlich einen denselben Charakter tragen. Keine feindliche Tendenz gegen unsere Nachbarn, kein Streben nach Eroberung hat die deutsche Bewegung der letzten Jahrzehnte getragen, sondern lediglich das Bestreben, den weiten Gebieten von den Alpen bis zum Meere die Grundbedingungen des staatlichen Gedeihens zu gewähren, welche ihnen der Entwicklungsstand früherer Jahrhunderte verknümmert hat. Nur zur Wehr, nicht zum Angriff einigen sich die deutschen Stämme, und daß ihre Verthaltung auch von ihren Nachbarn in diesem Sinne aufgefaßt wird, beweist die wohlwollende Haltung der mächtigsten europäischen Staaten, welche ohne Zwang und ohne Mißgunst Deutschland von denselben Vortheilen eines großen staatlichen Gemeinwesens Besitz ergreifen sehen, deren sie sich ihrerseits bereits seit Jahrhunderten erfreuen. Nur von uns, von unserer Einigkeit, von unserer Vaterlandsliebe hängt es daher in diesem Augenblicke ab, dem gesamten Deutschland die Bürgerrechte einer Zukunft zu sichern, in welcher es, frei von der Gefahr, wieder in Zersplitterung und Ohnmacht zu verfallen, nach eigener Selbstbestimmung seine verfassungsmäßige Entwicklung und seine Wohlfahrt pflegen und in dem Rathe der Völker seinen friedliebenden Versuch zu erfüllen vermag.

Ich hege das Vertrauen zu Gott, daß die Nachwelt im Rückblick auf unsere gemeinsamen Arbeiten nicht sagen werde, die Erfahrungen der früheren mißlungenen Versuche seien ohne Nutzen für das deutsche Volk geblieben, daß vielmehr unsere Kinder mit Dank auf diesen Reichstag als den Begründer der Deutschen Einheit, Freiheit und Macht zurückblicken werden.

Meine Herren! Ganz Deutschland, auch über die Grenzen unseres Bundes hinaus, harret der Entscheidungen, die hier getroffen werden sollen.

Wißt doch unser gemeinsames Werk der Traum von Jahrhunderten, das Sehnen und Ringen der jüngsten Geschlechter der Erfüllung entgegengeführt werden.

Im Namen aller verbandelten Regierungen, im Namen Deutschlands fordere ich Sie vertrauensvoll auf: helfen Sie uns die große nationale Arbeit rasch und sicher durchzuführen.

Der Segen Gottes aber, an welchem Alles gelegen ist, begleite und stütze das vaterländische Werk!

Die Thronrede wurde von der Versammlung, besonders an den Stellen, welche von der Wiederherstellung der Macht und des Aufstehens der deutschen Nation und von dem künftigen Verhältnisse zu Süddeutschland handelten, mit lebhaftem Beifall begrüßt.

Von Seiten Preußens sind die Minister von der Heydt, v. Roon, v. Tschirly, Hr. Culenburg und der Geheim Rath v. Savigny beauftragt, in Gemeinschaft mit den Bevollmächtigten der übrigen Regierungen die Verhandlungen mit dem Reichstag zu führen.

Neueste Nachrichten.

München, Sonntag 24. Februar, Vormittags. Wie die „Bayerische Zeitung“ meldet, wurden gestern die Beschlüsse der Stuttgarter Konferenz vom Könige genehmigt. Die betreffenden Dispositionen sind an die königlichen Gesandtschaften zu Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt abgehandelt worden.

Paris, Sonntag 24. Februar, Morgens. Der heutige „Moniteur“ meldet, daß an dem für die Eröffnung der Ausstellung festgesetzten Tage sämtliche Einrichtungen vollständig beendet sein werden. Der Kaiser hat bei den Besichtigungen der letzteren seine volle Befriedigung ausgedrückt.

Florenz, Sonnabend, 23. Februar. Die vom Senate beschlossene Verthaltung des Projectes gegen den Admiral Persano währte bis zum 27. März. — Es sind Verhandlungen eröffnet worden, um die Präliminarien eines italienisch-österreichischen Handels- und Schiffsahrts-Vertrages festzusetzen.

Auf dem Postdampfer bei Neapel ist eine Pulvermühle in die Luft geflogen. Es gab Tode und Verwundete.

London, Sonntag 24. Februar, Morgens. Aus New-York vom 23. d. Mittags wird per atlant. Kabel gemeldet: (Anfangs-Course) Wechselkurs auf London in Geld 108 1/4, Geldagio 3 1/2, Bonds 111 1/2, Illinois 116 1/2, Eriebahn 57.

Das Haus der Repräsentanten hat beschlossen, die Auflage auf Baumwolle vom September c. ab aufzuheben.

Österreich. Es scheint, als ob man in Wien wirklich Ernst macht mit dem Einlenken in die konstitutionellen Bahnen. Die Wiederherstellung des guten Einvernehmens mit Ungarn ist eine vollständige. Offenlich haben die deutschen Bewohner Österreichs von den Ungarn gelernt, daß ein solches Festhalten am Recht doch schließlich von dem Sieg des Rechtes gekrönt wird.

Aus Berlin.

— Aus dem Berliner Vereinsleben. Die energische Anspannung der Vereinsfähigkeit, welche die Wahlvorbereitungen in den letzten Wochen herbeigeführt, ist einer ebenso großen Abspannung gewichen, mit der sich eine durch den unglücklichen Ausfall der Wahlen in den Provinzen und den Inhalt des endlich veröffentlichten sogenannten Ver-

fassungsentwürfe für den Norddeutschen Bund hinreichend erklärte Resignation paart. Wir hoffen allerdings, daß die frohe Zuversicht auf den endlichen Sieg der Volksfreiheit, wie trübe auch gegenwärtig die Aussichten sein mögen, bald wieder zurückkehren und jene Spannkraft und Regsamkeit wieder erzeugen wird, durch welche sich die Bevölkerung Berlins von jeder ausgezeichnet und welche bei den letzten Wahlen einen so schönen Sieg gefeiert hat.

Unter diesen Umständen aber wird es nicht ausfallen, wenn wir aus der vergangenen Woche nur zwei politische Vorträge zu vergleichen haben, welche die deutsche Frage und ihre Stellung zu dem sogenannten Parlament behandelt haben.

Am Montag hielt der Reichstagsabgeordnete Franz Dunder einen sehr befallig aufgenommenen Vortrag über die deutschen Einheitsbestrebungen seit 1848, in welchem er sich namentlich auf den Standpunkt der Reichsverfassung stellte. Am Freitag sprach Prof. Micheler in dem Bezirksverein der südwestlichen Friedrichshafen über das gleiche Thema. Die Vereinthätigkeit, wo solche außerdem hervortrat, war mehr den wirtschaftlichen Interessen zugewandt. Mehrere Vorshupvereine, denen jetzt nach endlichem Zustandekommen des Genossenschaftsgesetzes ihre volle Entwicklung erst bevorsteht, konstituirten sich aufs Neue und hielten ihre Generalsammlung ab. Die Generalversammlung des Vorshupvereins Alt-Kön., welche am Sonnabend stattfand, stellte die Mitgliedschaft den 153 Mitgliedern und 28 Beisitzern mit einem Gesamtumsatz von 30 Tl. fest. Ausgezahlt wurden 270 Darlehen von 4 bis 200 Tl. im Betrage von 8048 Tl., davon allein circa 3000 Tl. während der Krieg- und Choleraepidemie.

Am Dienstag fand die Generalversammlung des Vorshupvereins Alt-Berlin statt, dessen Mitgliederzahl aus 255 Personen besteht. Im vorigen Jahre erhielten hier 129 Mitglieder 380 Vorshup im Betrage von 19054 Tl. 15 Sgr. 9 Pf. Im Januar d. J. sind bereits 3000 Tl. Darlehen gegeben. Die Dividende wurde auf 4% festgesetzt. In der letzten Sitzung der volkswirtschaftlichen Gesellschaft am Sonnabend sprach der Abg. Michaelis über die Weinzollfrage, über welche gegenwärtig zwischen Preußen, Frankreich und Oesterreich Verhandlungen schwelen und führte aus, daß die Verabreichung des Weinzolls in Folge der vermehrten Konjunktur keine Einbuße an den Zolleinnahmen herbeiführen würde.

— Endlich haben die von den Berliner Stadterordneten gewählten Stadträte von der Regierung die Befähigung erhalten und sind dieselben in ihr Amt eingeführt worden. Die Mißstände, welche sich sowohl bei der Vakanz der Stellen, als auch bei der kommissarischen Verwaltung herausgestellt haben, werden hoffentlich dazu beitragen, die Abschaffung der Bestimmung der Städte-Ordnung, durch welche der Regierung das Recht der Nichtbefähigung gegeben wird, zu beschleunigen.

— Die Stadt Berlin hat zum Neubau des Friedrich-Werderischen Gymnasiums ein Grundstück angekauft, welches 150,000 Tl. kostet. Rechnet man die Kosten des Neubaus selbst auf etwa 80,000 Tl., so stellt sich der Preis des Gymnasiums selbst auf 230,000 Tl. Um dieses Kapital mit 5% zu verzinzen, braucht die Kommune jährlich 10,500 Tl. Rechnet man die Zahl der Schüler des Gymnasiums gleich 700, so kostet vorweg jeder einzelne 163 Tl. nur an Vorkasse. Wir meinen, es würde sich vielleicht als zweckmäßiger herausstellen, die öffentlichen Schulen und Gym-

nastien nicht in solchen Straßen anzulegen, in welchen wegen ihrer guten Lage der Grund und Boden einen so hohen Preis erreicht. In diesem Falle hätte man vielleicht in der Georgenstraße für ein gleich großes Grundstück einen weit mäßigeren Preis bezahlt.

Vermischtes.

† Bei der Pariser Industrieausstellung ist für das persönliche Abonnement eine Neuerung eingeführt worden, welche in ähnlichen Fällen nachgehakt zu werden verdient. Statt nämlich eine Abonnementkarte auszugeben, drückt die Direction den Abonnementstempel auf die photographische Visitenkarte des Abonnenten. Dadurch wird jeder Mißbrauch dieser Karten verhindert. Da bei Eisenbahnen und dergl., wo die Einführung von persönlichen Abonnements sowohl im Interesse des Publikums als auch der betreffenden Gesellschaften liegt, bis jetzt eigentlich nur die Furcht vor dem Mißbrauch, der wegen der schwierigen Kontrolle mit den Abonnementstempeln getrieben werden kann, die Einführung dieser Einrichtung verhindert hat, so begrüßen wir diese Neuerung mit Freuden, da sie alle solche Bedenken beseitigt.

† Man ist vielfach geneigt, die Anfänge des preussischen Verfassungs-Lebens auf das Erscheinen des Patentes vom 3. Febr. 1847 zurückzuführen. Um daran zu erinnern, wie wenig das, was in jenem Patent gegeben, den Forderungen entspricht, welche man in Preußen an eine Verfassung stellen möchte, wird es vielleicht zweckmäßig sein, an das zu erinnern, was damals Gervinus in seiner Kritik jenes Patentes sagte. Preußen hat, so schreibt er, „ein Fragment einer Verfassung gegeben, scheint sich aber mit ihr in einem Systeme der Erhaltung, ja des Rücktritts befähigen zu wollen, das man ohne Verfassung befähigter glauben würde. Es war nur die Wahl, so hieß es vorhin, zwischen Vollenzung der Staatstheorien aus den Zeiten Steins durch eine freie Verfassung, oder allmähliche Vernichtung jener freieren Keime. Preußen aber hat eine dritte Wahl getroffen: es hat eine Verfassung gegeben, die weder frei ist, noch auch nur eine Verfassung heißt, und es hat sie auf die Verklammerung eben jener Keime gerichtet, deren fruchtige Pflege jeder Gedanke früher als die eigentliche Aufgabe einer Verfassung angesehen hatte.

Daß dem wirklich so ist, muß auch dem schlichtesten Verstande einleuchten, sobald er die Verfassung, die jene Stein'sche Zeit in Aussicht stellte, nur in den nächsten Außenlinien mit dem vergleicht, was in den Verordnungen vom 3. Februar in Erfüllung ging.“

Briefkasten.

Herrn Ingenieur R. J. Ihre Zuschrift war für uns von großem Interesse; wenn wir das, was Sie wünschen, nicht thun, so bestimmen uns dazu höchst gewichtige Gründe. Sa, wenn wir viele so tüchtige Freunde hätten wie Sie sind, so hätten Sie wahrscheinlich nicht nöthig gehabt, uns auf diesen Mangel aufmerksam zu machen.

Theater am Montag.

Opernhaus: Die Zauberflöte. — Schauspielhaus: Brutus und Cato. — Friedrich-Wilhelms-Theater: Der Freischütz. — Wallner: Das Mädchen in Wien. — Frühere Verhältnisse. Eine Weinprobe. Fünfhundert Minuten im Zauberkreis. — Viktoria: Gemaltenspiel der Kaiserin der Niederlande. — Kroll: Die Spinne. Herrmann und Dorothea. Von Treu und Arglist. Die Kalspinnerromane. — Woltersdorff: 500,000 Tausend. — Vorstadt: Das Jahr 1539.